

Kontrollverlust und schleichender Staatszerfall: Deutschland ist durch Bevölkerungsimport auf dem Weg zum „gescheiterten Staat“

Wo von „*failed states*“ - deutsch: „*gescheiterten Staaten*“ - die Rede ist, denkt man meist an von Bürgerkriegen und ausländischen Interventionen zerrüttete, zerfallende Staatsgebilde im Norden und Osten Afrikas oder im Nahen und Mittleren Osten.

- ❖ Als Folge des rasanten und unregelmäßigen Bevölkerungsimports aus diesen Krisenregionen sind allerdings auch in Deutschland längst erste Anzeichen des staatlichen Scheiterns zu beobachten.

In zahlreichen Städten sind „*verbotene Zonen*“ und *rechtsfreie Räume* entstanden, in denen die überforderten und überdehnten Kräfte von Polizei und Justiz geltende Gesetze nur noch partiell durchsetzen und die Sicherheit und Bewegungsfreiheit der eigenen Staatsbürger nicht mehr uneingeschränkt gewährleisten können.

Zwar leugnet Nordrhein-Westfalens Innenminister *Ralf Jäger* (55, SPD), dass es in seinem Land „*No-go-Areas*“ (deutsch: „*Sperrbezirke*“) gebe:

- ❖ Für die Bürger, die bestimmte Straßen, Plätze und Stadtteile selbst bei Tage vor-sichtshalber meiden, sind sie Tatsache.

Dasselbe gilt für jene Teile der Polizei, die nicht parteibuchgewärmt vom sicheren Führungsschreibtisch aus abwiegeln, sondern Tag für Tag im Fronteinsatz den Kopf hinhalten und zur bevorzugten Zielscheibe aggressiver Einwanderer-Bevölkerungen geworden sind.

Längst können in Problembezirken selbst einfache Polizeimaßnahmen wie das Ausstellen eines Strafzettels nur noch mit massiver Verstärkung durchgeführt werden. Die Folge:

- ❖ Die kaputtgesparte Polizei erledigt mit ihren knappen Kräften in Bezirken, die ihr streitig gemacht werden, nur noch das Nötigste und zieht sich sukzessive zurück.

Ralf Witzel (44), Fraktionsvize der FDP im Düsseldorfer Landtag, hat eine interne Anweisung der Duisburger Polizeipräsidentin bekannt gemacht, in bestimmte Stadtteile wie das *Islam-Viertel Marxloh* nur noch Streifen mit mindestens einem männlichen Polizisten zu schicken. Für Polizistinnen sind „*No-go-Areas*“, die zu gefährlich sind, um sie in Uniform zu betreten, also bereits offiziell hingenommene Realität.

Der Anschein der Normalität lässt sich nur mit immer größerem Aufwand noch aufrechterhalten. Die Decke ist an allen Enden zu kurz. Die Silvesternacht 2016 hat das bestätigt.

- In Köln gelang es mit fast zweitausend Sicherheitskräften, eine Wiederholung der sexuellen Massenübergriffe des Vorjahres zu verhindern - um den Preis, dass kaum jemand überhaupt im Freien feiern wollte.
→ Dafür kam es, wie jetzt bekannt wurde, im weniger massiv bewachten Frankfurt am Main zu massiven sexuellen Attacken auf Frauen und Mädchen.

Feste und Veranstaltungen im öffentlichen Raum können zunehmend nur noch unter harten Anti-Terror-Auflagen stattfinden. Zahlreiche Karnevalsveranstaltungen wurden bereits abgesagt; für die großen Umzüge müssen die Straßen mit Betonbarrikaden und Lkw-Verboten gesichert werden.

- ❖ Der Weg in den permanenten Ausnahmezustand ist vorgezeichnet.
 - Einschränkungen soll sich die einheimische Bevölkerung; Präventivmaßnahmen, gegen Risikogruppen unter den Einwanderern sind gegen den Widerstand der Asyllobby kaum durchsetzbar.
 - Der Appell der nordrhein-westfälischen Polizei, Asylbewerber vom Straßenkarneval fernzuhalten, um sexuelle und andere Angriffe zu verhindern, musste nach geharnischten Protesten von links zurückgezogen werden.

Der Frust der Polizeibeamten steigt und wird sich auch durch schärfere Gesetze gegen Angriffe auf Hoheitsträger nicht so einfach einfangen lassen. Oft genug scheitert der Rechtsstaat nicht am Buchstaben des Gesetzes, sondern an deren Anwendung. In Berlin kehren immer mehr Beamte dem Dienst den Rücken.

+++

Staatsversagen in der Migrationskrise auf Verwaltungsebene

► Ämter bekommen Leistungerschleichung mit Mehrfach-Identitäten nicht in den Griff

Auch auf Verwaltungsebene ist das zunehmende Staatsversagen in der Migrationskrise offenkundig. Volle anderthalb Jahre nach Merkels „*Wir schaffen das*“ fordert das *Bundesamt für Migration und Flüchtlinge* (BAMF) die Kommunen auf, allen Asylbewerbern Fingerabdrücke abzunehmen, um Sozialbetrug und Mehrfach-Abkassieren zu unterbinden.

- ❖ Nur etwa zehn Prozent der Behörden haben dafür aber die erforderlichen technischen Geräte.

Unterdessen musste *Niedersachsens Innenminister Boris Pistorius* (56, SPD) zugeben, dass systematische Leistungerschleichung mit Mehrfach-Identitäten nicht nur in Braunschweig, sondern in allen Asyl-Landesaufnahmestellen zur gängigen Praxis gehört.

- ❖ Prekär: *Die Mitarbeiterin, die die Polizei gegen den Widerstand des Behördenleiters über die kriminellen Machenschaften informiert hatte, hat ihren Zeitvertrag verloren; gegen sie läuft ein Disziplinarverfahren.*